



Nr. 1

11. Januar 2018

Inhalt

[dbb Jahrestagung 2018](#)

[Silberbach: Deutschland muss digitale Kleinstaaterei beenden+++](#)

[Silberbach zum Personalmangel](#)

[Öffentlicher Dienst: „Die Kollegen gehen auf dem Zahnfleisch“+++](#)

[Streikverbot](#)

[Berufsbeamtentum: Garant für Verlässlichkeit und wichtiger Standortfaktor+++](#)

[Einkommensrunde 2018: dbb Branchentage beginnen+++](#)

[Bürgerversicherung: Alle schlechter versorgt+++](#)

[dbb-Broschüre „Zahlen Daten Fakten 2018“ erschienen+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung](#)

[Frauen- und Gleichstellungspolitik muss Schwerpunktthema bei Regierungsbildung werden+++](#)

[Jung und Alt für starken öffentlichen Dienst+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[NRW: 680 Millionen zusätzlich für Pensionsfonds+++](#)

[Haushaltsüberschuss in der Hauptstadt: dbb berlin fordert bessere Besoldung+++](#)

[dbb mecklenburg-vorpommern: Personalabbau im öffentlichen Dienst stoppen+++](#)

[Schleswig-Holstein: Mehr Stellen für öffentlichen Dienst, kein Weihnachtsgeld für Beamte+++](#)

[BSBD: Erneut schwere Übergriffe auf Justizvollzugsbedienstete+++](#)

[DPolG: Überstunden-Rekord bei der Polizei+++](#)

[DPVKOM präsentiert Tarifforderungen an Deutsche Post+++](#)

[BLBS: Leitungsstellen müssen attraktiver werden+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Jahrestagung 2018 Silberbach: Deutschland muss digitale Kleinstaaterei beenden

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat mit Blick auf die Modernisierung des öffentlichen Dienstes die Politik zu einem Pakt für Digitalisierung aufgerufen. „Für eine wirklich sichere, ganzheitliche digitale Strategie muss es ein Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden geben“, sagte Silberbach in seiner Grundsatzrede bei der dbb Jahrestagung am 8. Januar 2018 in Köln. „Derzeit hängt Deutschland im Zeitalter der digitalen Kleinstaaterei fest. Das widerspricht dem Gedanken der Vernetzung. Es gibt zwar vielversprechende regionale IT-Initiativen, aber eben keinen verbindlichen nationalen Masterplan.“ Dabei gehe es nicht nur um grundlegende technische Notwendigkeiten wie den Breitbandausbau, sondern um eine seriöse Planung des personellen, organisatorischen und finanziellen Aufwandes.

„Gerade in der kritischen Umstellungsphase auf digitalisierte Prozesse steigt die ohnehin hohe Arbeitsbelastung, daher ist eher mehr als weniger Personal erforderlich. Zudem müssen die Beschäftigten entsprechend qualifiziert werden“, erklärte Silberbach. Für Fortbildungen gebe die öffentliche Hand allerdings nur ein bis drei Prozent des Personalbudgets aus, in der Privatwirtschaft sei es das Drei- bis Vierfache. „Ohne die Erfahrung der Praktiker kann die Digitalisierung aber nicht gelingen. Wir gehen daher von einem mittelfristigen Investitionsbedarf für Hard- und Software sowie Qualifizierung im zweistelligen Milliardenbereich aus“, so der dbb Chef.

Bei der Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen, mahnte der dbb Bundesvorsitzende, müssten auch die veränderten Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden. Wenn Arbeit immer und überall verfügbar sei, ermögliche das viele Freiheiten, um sie beispielsweise familienfreundlicher zu gestalten. „Das birgt aber auch die Gefahr der Entgrenzung, der mangelnden Trennung von Arbeit und Privatleben“, warnte Silberbach. „Deshalb müssen Personal- und Betriebsräte über die Einhaltung adäquater Spielregeln wachen können. Auch dabei ist die Politik gefordert, etwa durch die grundlegende Modernisierung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst.“

Vor dem Hintergrund der langwierigen Regierungsbildung auf Bundesebene betonte Silberbach in seiner Rede zudem erneut die Bedeutung der Verwaltung: „Der öffentliche Dienst ist die unverrückbare Konstante eines Staates, verlässlich, korrekt und engagiert.“ Doch dessen Funktionsfähigkeit sei zunehmend gefährdet. „Die Menschen warten monatelang auf einen Termin beim Bürger- oder Standesamt. Eltern finden keinen Kita-Platz für ihre Kinder. Straßen werden nicht gebaut, weil Ingenieure fehlen. Die Justiz muss Verfahren wegen Personalmangel einstellen. Da ist Gefahr im Verzug“, mahnte der dbb Bundesvorsitzende. Diese

Fälle zeigten auch, dass nicht alle Probleme mit moderner IT gelöst werden könnten, sondern angemessene Personalausstattung und gute Arbeitsbedingungen immer noch die Basis für staatliche Ordnung seien. Silberbach: „Es kommt im öffentlichen Dienst auf den Menschen an. Das war so, ist so und das wird auch so bleiben.“

Mit Blick auf die in diesem Jahr anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu mehreren Klagen gegen das Streikverbot für Beamte erhielt der dbb Unterstützung für seine Position vom Bundesinnenministerium (BMI). Das Streikverbot gehöre zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums und genieße damit Verfassungsrang betonte BMI-Staatssekretär Hans-Georg Engelke. Würde es aufgehoben, verlöre das Beamtentum „seine innere Logik und damit seine Sinnhaftigkeit“. Engelke sprach als Vertretung für Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der wegen der Sondierungsgespräche zur Regierungsbildung in Berlin kurzfristig absagen musste.

„Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen darauf, dass der Staat rund um die Uhr handlungsfähig ist“, so Engelke weiter. Und das könnten sie auch, trotz der im Hinblick auf die Regierungsbildung bislang noch offenen Lage auf Bundesebene. „Das Land ist stabil“, stellte Engelke fest, „und das liegt auch an den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen.“ Als Stabilisatoren leisteten sie zuverlässig, gewissenhaft, verantwortungsvoll, unaufgeregt und geräuschlos ihren Dienst. „Unsere Staatsbediensteten sind eine verlässliche Bank“, so der Staatssekretär. Allerdings müsse sich der öffentliche Dienst ständig weiterentwickeln. Es gelte, sich im Sinne einer funktionierenden Zusammenarbeit stärker als zuvor zu vernetzen: „Vertikal wie horizontal. Zwischen den Fachbehörden des Bundes genauso wie zwischen allen drei Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Quasi eine

„Verwaltung 2020“: „Besonderes Augenmerk müsse auf die Digitalisierung gelegt werden. „Da sind wir in Deutschland längst nicht da, wo wir sein wollen“, stellte Engelke klar. Als wegweisendes Beispiel nannte er das gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen auf den Weg gebrachte Bürgerportal, auf dem alle Verwaltungsleistungen zentral elektronisch abrufbar sein sollen.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist aus Sicht des Bundesinnenministeriums die Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung für den öffentlichen Dienst. „Die Bezahlung muss stimmen“, und damit werde man sich in der im März startenden Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen befassen. Bundesinnenminister de Maizière wolle sich dort auch wieder für die Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtenbesoldung einsetzen, sagte Engelke. Gleichzeitig plädiere man für Kreativität bei der Personal- und Wissensgewinnung: Denkbar seien etwa finanzielle Studienförderungen, verbunden mit studienbegleitenden Praktika in der jeweiligen Behörde und der Verpflichtung, nach dem Studium einige Jahre in dieser Behörde zu arbeiten.

Mit Blick auf die Sondierungsgespräche für eine Koalition von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene gibt es aus dem Bundesinnenministerium eine klare Absage für Forderungen nach einer Einheitsversicherung im Gesundheitswesen, der auch die Beamtinnen und Beamten angehören sollen. „Wer dies fordert, verwechselt Einheitlichkeit mit Gerechtigkeit“, unterstrich Staatssekretär Engelke. Da die Beihilfe ein integraler Bestandteil des Beamtenverhältnisses sei, stelle sich zudem die Frage nach der Verfassungsfestigkeit einer solchen Einheitsversicherung.

Weitere Redner und Diskutanten der dbb Jahrestagung waren Lutz Lienenkämper (Finanzminister von Nordrhein-Westfalen (NRW)), Arne Schönbohm (Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik), Christian Lindner (FDP-Parteivorsitzender), Boris Palmer (Oberbürgermeister von Tübingen), Ulli Meyer (Finanzstaatssekretär des Saarlands), Christoph Verenkotte (Präsident des Bundesverwaltungsamtes) sowie Uwe Lübking (Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes). Alle Berichte, Videos und Bilder zur Jahrestagung finden Sie unter www.dbb.de/jahrestagung. (01/01/18)

Silberbach zum Personalmangel Öffentlicher Dienst: „Die Kollegen gehen auf dem Zahnfleisch“

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat erneut auf die konkreten negativen Auswirkungen des eklatanten Personalmangels im öffentlichen Dienst hingewiesen.

„Alleine in den Finanzämtern sind 11.000 Stellen unbesetzt. Dort fehlen Beschäftigte, die dafür sorgen, dass der Staat die Steuern einnehmen kann, die ihm zustehen und die er für die Bewältigung seiner Aufgaben benötigt“, sagte der dbb Bundesvorsitzende im Interview mit dem General-Anzeiger Bonner (Ausgabe vom 6. Januar 2018). Auch in vielen anderen Bereichen herrsche Personalnotstand. „Die Kollegen gehen auf dem Zahnfleisch. Es werden ohne Ende Überstunden gemacht. Der öffentliche Dienst bekommt immer mehr Aufgaben, aber nicht das notwendige Personal. So geht es nicht weiter.“ Zudem fühlten sich viele Beschäftigte unterbezahlt und nicht ausreichend wertgeschätzt: „Die Kollegen haben von Seiten der Politik in den vergangenen Jahren immer nur um die Ohren bekommen.“

Nach Einschätzung des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften fehlen über 200.000

Beschäftigte im öffentlichen Dienst, vor allem in den Ländern und Kommunen. So werden alleine 130.000 zusätzliche Erzieher benötigt sowie 32.000 Beschäftigte an Schulen. Aber nicht nur Bildung und Erziehung sind betroffen, sondern auch Sicherheit und Ordnung: Denn bei den Polizeikräften von Bund (500) und Ländern (8.000) fehlt ebenso Personal wie in der Justiz (3.000) und bei den Feuerwehren (4.000). Hinzu kommen weitere Lücken, etwa beim Zoll, im öffentlichen Gesundheitsdienst, in der allgemeinen Verwaltung und bei den Jobcentern.

„Uns fehlen Leute an allen Ecken und Enden“, hatte Silberbach bereits am 3. Januar gegenüber der Nachrichtenagentur dpa betont. „Durch seit Jahren fehlende Neueinstellungen steigt der Altersdurchschnitt beim vorhandenen Personal immer weiter und alleine in den nächsten 15 Jahren werden circa 1,5 Millionen

Kolleginnen und Kollegen altersbedingt ausscheiden. Zieht man davon die zu erwartenden Neueinstellungen ab, bleibt – rechnerisch – eine Personallücke von mehreren hunderttau-

send Beschäftigten, die dem öffentlichen Dienst bei seiner Aufgabenerfüllung fehlen werden.“
(02/01/18)

Streikverbot

Berufsbeamtentum: Garant für Verlässlichkeit und wichtiger Standortfaktor

Das Berufsbeamtentum ist ein wichtiger Standortfaktor für die Bundesrepublik Deutschland. Das hat Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, betont.

„Die deutsche Einheit oder die Bewältigung der Flüchtlingswelle sind beste Nachweise, dass das Berufsbeamtentum ein Garant für Sicherheit und Verlässlichkeit sowie ein wichtiger Standortfaktor ist“, sagte der dbb-Vize in einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ (Ausgabe vom 5. Januar 2018). „Ich glaube nicht, dass es in Deutschland in der Politik irgendwelche Bestrebungen gibt, an dem Ist-Zustand der Verbeamtung etwas zu ändern. Und angesichts der demografischen Entwicklung ist gerade die Möglichkeit der Verbeamtung wieder ein Instrument, um fähige Nachwuchskräfte in den öffentlichen Dienst zu holen.“

Mit Blick auf den immer wieder diskutierten Beamtenstatus für Lehrerinnen und Lehrer findet Schäfer klare Worte: „Bildung ist die wichtigste Ressource in Deutschland überhaupt. Wir sollten pfleglich damit umgehen. Um diesen Anspruch abzusichern, halte ich es für sinnvoll, dass Lehrer durchweg als Beamte eingesetzt werden. In den alten Bundesländern sind sie es weit überwiegend.“ In den neuen Bundesländern, insbesondere Sachsen, wo die Lehrer bislang mehrheitlich im Angestelltenverhältnis stehen, „wird es zumindest in den nächsten fünf Jahren wieder einen Trend zur Verbeamtung geben“, prognostiziert Schäfer.

Der voraussichtlich in diesem Jahr anstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu mehreren Klagen gegen das beamtenrechtliche Streikverbot sieht der dbb-Vize gelassen entgegen: „Ich bin fest davon überzeugt, dass Karlsruhe das Verbot von Beamtenstreiks bestätigt. Wenn Sie die bisherige Spruchpraxis des Bundesverfassungsge-

richts auf diesem Feld sehen, wüsste ich nicht, warum es zu einer anderen Auffassung kommen sollte.“

Da es in dem vor dem BVerfG zu verhandelnden Fall konkret um das Streikrecht von beamteten Lehrkräften geht, haben sich auch dbb Lehrerverbände erneut gegen das Streikrecht für Beamte gewendet. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, sagte: „Wer die Schulpflicht gesetzlich verankert, muss auch dafür sorgen, dass Unterricht stattfindet. Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass Lehrkräfte im juristischen Sinne einer grundrechtswesentlichen Tätigkeit nachgehen und damit hoheitsrechtliche Befugnisse ausüben und deshalb grundsätzlich zu verbeamten sind. Der Beamtenstatus für Lehrkräfte ist daher unabdingbar. Das Beamtenverhältnis geht jedoch mit Rechten und Pflichten einher. Ein Streikrecht für Beamte ist hiermit nicht vereinbar.“

Eindeutig positionierte sich auch die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Susanne Lin-Klitzing: „Ich erwarte wie der überwiegende Teil unserer Bevölkerung und vor allem die Elternschaft eine jederzeit verlässliche Schule.“ Für den Deutschen Philologenverband sei es daher eine zwangsläufige Konsequenz der grundgesetzlich vorgeschriebenen staatlichen Verantwortung für das Bildungswesen, dass der Staat die Lehrkräfte jederzeit und überall verlässlich einsetzen kann. „Wenn Lehrkräfte streiken dürften, wäre ihm das nicht möglich. Und das wäre ein Verstoß gegen das Grundgesetz.“
(03/01/18)

Einkommensrunde 2018: dbb Branchentage beginnen

Im Februar 2018 beginnt die Einkommensrunde für Bund und Kommunen. Zuvor werden sich die Mitglieder in die Diskussion um die Forderungsfindung bei den dbb Branchentagen einbringen.

„Wir möchten wissen, was die betroffenen Kolleginnen und Kollegen bewegt. Alle sind aufgerufen, sich einzumischen, bevor Anfang Februar die endgültigen Forderungen in den Gremien beschlossen werden“, sagte Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, am 6. Januar 2018. „Das gilt für die Tarifbeschäftigten ebenso wie für die Beamten, auf die das Ergebnis übertragen werden soll.“

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind insgesamt etwa 1,6 Millionen Beschäftigte betroffen: 145.660 Arbeitnehmer des Bundes und

1.278.075 Arbeitnehmer der Kommunen, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie 179.915 Beamte, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Die wirkungsgleiche Übertragung betrifft hier nur die Bundesbeamten, da die Kommunalbeamten nach den jeweiligen Landesgesetzen besoldet werden.

Eine fortlaufend aktualisierte Liste der Branchentage finden Sie auf www.dbb.de/einkommensrunde.
(04/01/18)

Bürgerversicherung: Alle schlechter versorgt

Vor den negativen Folgen einer so genannten Bürgerversicherung hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach gewarnt.

„Das Einheitsversicherungsmodell der SPD löst weder die finanziellen oder strukturellen Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung, noch sorgt es für mehr Gerechtigkeit“, sagte der dbb Chef der Nachrichtenagentur dpa am 3. Januar 2018 in Berlin. Mangels Konkurrenz und Quersubventionierung „werden am Ende alle gesetzlich Versicherten schlechter versorgt sein als heute und die, die es sich leisten können, werden sich qualitativ hochwertige ärztliche Versorgung auf dem ‚Markt‘ dazu kaufen“, so Silberbach.

Auch auf Seiten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bestehen Bedenken gegen die Einführung einer Bürgerversicherung: Die Probleme der privaten Krankenversicherung dürften nicht auf dem Rücken der Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung gelöst werden, sagte die Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Doris Pfeiffer, der

dpa mit Blick auf Überlegungen, dass privat versicherte Beamte individuelle Wechseloptionen in die gesetzliche Krankenversicherung bekommen und zudem die höheren Arzthonore für Privatversicherte möglicherweise zu Lasten gesetzlich Versicherter angeglichen werden sollen, falls die PKV abgeschafft wird.
(05/01/18)

dbb-Broschüre „Zahlen Daten Fakten 2018“ erschienen

Die Broschüre „Zahlen Daten Fakten“ ist am 11. Januar 2018 in aktualisierter Fassung erschienen. Zahlengrundlage ist Material des statistischen Bundesamtes, der statistischen Landesämter, Informationen der Bundesministerien sowie eigene Berechnungen des dbb.

Auf 76 Seiten liefert die handliche Broschüre einen umfassenden Überblick über die wichtigsten Eckdaten zum öffentlichen Dienst in Deutschland: Personalstände und -entwicklung, Effekte besoldungs- und dienstrechtlicher Änderungen, der öffentliche Dienst im europäischen Vergleich, Tarifentgelte und vieles mehr erlauben den Lesern eine umfassende Orientierung, die bewusst auf eine Kommentierung verzichtet - die Zahlen sprechen für sich.

Download der Broschüre als PDF. (Link: https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2018/zdf_2018.pdf)
(06/01/18)

dbb bundesfrauenvertretung Frauen- und Gleichstellungspolitik muss Schwerpunktthema bei Regierungsbildung werden

Mit Blick auf die laufenden Sondierungsgespräche für eine Große Koalition hat die dbb bundesfrauenvertretung vor weiteren Rückschritten bei der Gleichstellung in Deutschland gewarnt.

„Frauen und Männer müssen in gleichem Maße am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben. Das gelingt nur, wenn die künftigen Regierungsparteien die Frauen- und Gleichstellungspolitik zu einem Schwerpunktthema machen“, stellte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 5. Januar 2018 heraus. Dazu gehöre insbesondere auch ein paritätisch mit Männern und Frauen besetztes Kabinett. „Wir erinnern Bundeskanzlerin Merkel hier an ihr Wahlkampfversprechen. Gleichstellung muss an der politischen Spitze sichtbar vorgelebt werden“, so Wildfeuer.

Zudem müsse sich die künftige Bundesregierung ernsthaft bemühen, die Defizite bei der Chancengleichheit im öffentlichen Dienst auszugleichen. „Wir sprechen von der Umsetzung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen, die sich nicht negativ auf die Leistungsbewertung auswirken. Das heißt, wir benötigen eine konstruktive Auseinandersetzung mit der aktuellen Beurteilungs- und Beförderungskultur im öffentlichen Dienst. Es gilt diskriminierungsanfällige Regelungen und Kriterien zu eliminieren. Die tatsächliche Arbeitsleistung muss ausschlaggebend für eine Beförderung sein – und zwar unabhängig von der Wochenarbeitszeit der zu beurteilenden Beschäftigten.“

Überdies sprach sich die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung für eine Weiterentwicklung der bestehenden Quotenregelungen für die öffentliche Verwaltung und Unternehmen der öffentlichen Hand aus: „Nur so kann es gelingen in einem relativ überschaubaren Zeitraum qualifizierte Frauen in Führungspositionen zu bringen.“

Mit Blick auf die Digitalisierung vieler Arbeitsbereiche im öffentlichen Dienst forderte Wildfeuer außerdem bei einer möglichen Flexibilisierung der Arbeitszeiten mit Bedacht vorzu-

gehen. „Internet, Smartphone und Laptop erleichtern zwar die Vereinbarkeit von Beruflichem und Privatem. Das ist ein deutlicher Zugewinn nicht nur für Dienstherren und öffentliche Arbeitgeber, sondern vor allem auch für die weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Jetzt kommt es aber darauf an, die richtige Balance zu finden“, betonte Wildfeuer.

Dabei müsste insbesondere mit den Risiken, die mobiles Arbeiten mit sich bringt, verantwortungsvoller umgegangen werden. Wildfeuer forderte die öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherren eindringlich auf, an bestehenden gesetzlichen Regelungen zu Arbeits- und Ruhezeiten festzuhalten und diese im Sinne einer wertvollen Errungenschaft unserer modernen Gesellschaft weiterzuentwickeln. „Es gib keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die bestätigen, dass sich die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten durch fortschrittlichere Arbeitsmethoden und digitale Hilfsmittel immer weiter steigern lässt. Im Gegenteil: Steigt der Druck, in kürzerer Zeit mehr leisten zu müssen, steigt auch das Risiko stressbedingter Arbeitsausfälle. Diese behindern Betriebsabläufe und belasten das Gesundheitssystem.“

Umso dringender sei es, den digitalen Wandel der Arbeitswelt einvernehmlich zu gestalten. „Der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und flexible Arbeitszeitmodelle mit Bedacht einführen. Beschäftigte, die mobil oder in Home-Office arbeiten – insbesondere jene, die dies zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun –, müssen darauf vertrauen können, dass sie nachhaltig vor Überlastung geschützt sind und dass die Leistungskriterien diskriminierungsfrei neugestaltet werden. Auch die dbb Gewerkschaften können und müssen in diesem Prozess eine gestaltende Rolle spielen“, so Wildfeuer. (07/01/18)

Jung und Alt für starken öffentlichen Dienst

Mehr Bewegung bei der Lösung der Probleme im öffentlichen Dienst haben unisono die dbb jugend und die dbb bundesseniorenvertretung gefordert.

„Dieser Stillstand ist in Anbetracht der Herausforderungen, die die Beschäftigten vor der Brust haben, unerträglich“, kritisierte die dbb jugend-Vorsitzende Karoline Herrmann am Rande der dbb Jahrestagung am 9. Januar 2018 in Köln. „Nachwuchs- und Fachkräftemangel im sechsstelligen Bereich, unfassbare Überstundenberge, immer häufiger gewalttätige Attacken auf die Beschäftigten, trauriger Befristungsrekord, demografischer Wandel, Digitalisierungsdruck“, zählte die dbb jugend-Chefin die Probleme auf, die insbesondere den Berufsnachwuchs beschäftigten. „Es wird höchste Zeit, das wir auf Bundesebene wieder politische Verantwortungsträger haben, die

gestalten und Lösungsstrategien für die Herausforderungen der Zukunft entwickeln.“

Der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung, Wolfgang Speck, und seine Stellvertreter thematisierten diese Probleme bei ihren politischen Gesprächen auf der dbb Jahrestagung ebenfalls. Für sie war klar, dass eine Regierungsbildung nicht zu jedem Preis akzeptabel ist, etwa im Falle der Einführung einer Einheitskrankenversicherung. Zudem mahnten die Seniorenvertreter hinsichtlich der Digitalisierung, dass alle öffentlichen Dienstleistungen auch weiterhin analog zugänglich sein müssten.
(08/01/18)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

NRW: 680 Millionen zusätzlich für Pensionsfonds

Etwa 680 Millionen Euro sollen zusätzlich in den Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen fließen. Das verkündete NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper in seiner Ansprache bei der dbb Jahrestagung. „Wir begrüßen diese Maßnahme ausdrücklich als wichtigen Schritt im Sinne einer Generationsgerechtigkeit“, erklärte Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW, am 8. Januar 2018.

Mit der zusätzlichen Zuführung komme der Finanzminister einer Forderung nach, welche der DBB NRW in seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2018 mit Nachdruck geäußert hatte. Damit würden nicht nur die von den Beamten selbst eingesetzten Mittel in den Pensionsfonds zugeführt, sondern auch ein eigener Beitrag der Landesregierung für die nachhaltige Finanzierung geleistet. „Es macht deutlich, dass die neue Landesregierung bei den Personalausgaben den Nachhaltigkeitsfaktor im Blick hat und hier mit Augenmaß und

Verantwortungsbewusstsein agiert“, so Staude.

Die unterschiedlichen Vorsorge-Maßnahmen des Landes NRW zur Finanzierung der Beamtenpensionen wurden 2017 zum Pensionsfonds zusammengeführt. Gleichzeitig wurde die Zuführung jedoch massiv abgesenkt und sollten für 2017 übergangsweise sogar ganz ausgesetzt werden. Dadurch wäre eine auskömmliche Finanzierung des Fonds nicht mehr möglich gewesen.
(09/01/18)

Haushaltsüberschuss in der Hauptstadt: dbb berlin fordert bessere Besoldung

Nachdem am 10. Januar 2017 bekannt wurde, dass das Land Berlin einen milliardenschweren Haushaltsüberschuss erwirtschaftet hat, forderte der Vorsitzende des dbb Landesbundes Frank Becker eine Anpassung der Besoldung.

„Die Beamtinnen und Beamten haben jahrelang zur Konsolidierung des Haushaltes des Landes Berlin durch massiven Gehaltsverzicht beigetragen. Bei einem Rekordüberschuss von 2,1 Milliarden in der Landeskasse muss hiermit endlich Schluss sein“, sagte Becker. Das Parlament müsse jetzt bei den Besoldungserhö-

hungen auf jede zeitliche Verzögerung gegenüber dem Tarifbereich verzichten und jeweils den 1. Januar als Anpassungszeitpunkt beschließen. „Eine weitere Benachteiligung ist den Berliner Beamtinnen und Beamten nicht mehr zu vermitteln“, erklärte Becker.
(09/01/18)

dbb mecklenburg-vorpommern: Personalabbau im öffentlichen Dienst stoppen

„Wir sind beim Personalabbau im öffentlichen Dienst bereits über das Zumutbare hinaus“, sagte der dbb Vorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Dietmar Knecht, auf der Fraktionsklausur der Landtagsfraktion der Partei „Die Linke“ am 4. Januar 2017 in Banzkow.

Ein weiterer Personalabbau gefährde die immer wieder geforderte Bürgernähe, das soziale Gefüge und damit die Demokratie. Ohne künftige Personalabgänge zu berücksichtigen, fehlten bereits jetzt beispielsweise im Bereich Bildung und Erziehung 500 Beschäftigte. Auch der Bereich Sicherheit und Ordnung sei betroffen, dort gebe es etwa landesweit mehr als 1.100 offene Haftbefehle, betonte Knecht. Hinzu kämen weitere Lücken im Bereich der Einnahmeverwaltung, im öffentlichen Gesundheitsdienst und der allgemeinen Verwaltung.

Notwendig seien ein dauerhafter Ausbau der Ausbildungskapazitäten im öffentlichen Dienst, eine nachhaltige Verbesserung der Auszubildendenvergütung, der Ausschluss sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverträgen, flexible Lösungen bei Eintritt in den Ruhestand beziehungsweise in die Rente, ein Investitionsprogramm für die öffentliche Infrastruktur, die Verbesserung der IT-Ausstattung in der Verwaltung und auch wirksame Schritte zum Bürokratieabbau.
(10/01/18)

Schleswig-Holstein: Mehr Stellen für öffentlichen Dienst, kein Weihnachtsgeld für Beamte

Die Regierungskoalition in Schleswig-Holstein hat es verpasst, mit dem Haushaltsentwurf für 2018 ein spürbares positives Signal an den gesamten öffentlichen Dienst zu senden. Darauf hat der Vorsitzende des dbb Landesbundes, Kai Tellkamp, am 28. Dezember 2017 hingewiesen.

Im Haushalt seien weder nennenswerte Anpassungen der Besoldungsstruktur noch die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für Beamte vorgesehen. Zwar würden zusätzliche Stellen für Bildung, Polizei und Justiz finanziert. Dies erkenne der dbb auch als „Schritt in die richtige Richtung“ an. Es sei aber zu bezweifeln, ob allein die Schaffung zusätzlicher

Stellen ausreiche. Denn potenzielle Bewerber würden sich genau anschauen, was im öffentlichen Dienst geboten werde. Die 41-Stunden-Woche und das ausbleibende Weihnachtsgeld für Beamte wirkten dabei „nicht gerade motivierend“.
(11/01/18)

BSBD: Erneut schwere Übergriffe auf Justizvollzugsbedienstete

Anlässlich eines gewalttätigen Übergriffs auf zwei Beschäftigte der Justizvollzugsanstalt Iserlohn (Nordrhein-Westfalen) hat der Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) am 6. Januar 2018 darauf hingewiesen, dass solche Angriffe „fast schon ein Dauerzustand“ seien.

„Übergriffe auf unsere Justizvollzugsbediensteten sind ein täglicher trauriger Bestandteil des Dienstes innerhalb des Justizvollzuges“, hieß es in einer Mitteilung des BSBD-Bundesvorsitzenden Rene Müller. „Faustschläge ins Gesicht und andere Körperteile, Kopfstöße, Tritte gegen den Körper und Schläge mit oder ohne Gegenstände sowie das Bewerfen und Schütten von Substanzen

oder Flüssigkeiten stehen an der Tagesordnung.“ Die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug hätten mittlerweile eine sehr hohe Toleranzschwelle und Leidensfähigkeit entwickelt. „Trotzdem ist Gewalt gegen Bedienstete nicht tolerierbar und darf auch hinter Gefängnismauern keinen Platz haben“, so Müller.
(12/01/18)

DPoIG: Überstunden-Rekord bei der Polizei

Aufgrund von Sondereinsätzen und neuer Aufgaben hat die Polizei in Bund und Ländern im vergangenen Jahr mehr als 22 Millionen Überstunden angehäuft. Darauf hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, am 5. Januar 2018 im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung hingewiesen.

„Die Polizei muss mehr Flüchtlingsunterkünfte, auf die es allein im vergangenen Jahr mehr als tausend Anschläge gab, beschützen und mehr Straftaten dort aufklären, weil Menschen dort auf engstem Raum die Nerven verlieren und Straftaten begehen“, so Wendt. Seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln vor zwei

Jahren müssten auch an Feiertagen mehr Personal bereitgehalten werden. „Die Flüchtlingskrise und die Terrorgefahr haben die Polizei völlig unvorbereitet getroffen“, sagte Wendt.

(13/01/18)

DPVKOM präsentiert Tarifforderungen an Deutsche Post

Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) hat am 9. Januar 2018 für die rund 130.000 Beschäftigten der Deutschen Post AG 5,5 Prozent mehr Lohn gefordert. Außerdem sollen Vollzeitarbeitnehmer eine einmalige Ausgleichszahlung erhalten, wenn sie über die von der DPVKOM geforderte Vertragslaufzeit von zwölf Monaten nicht mindestens 2.000 Euro mehr bekommen.

Teilzeitkräfte sollen diese Ausgleichszahlung anteilig erhalten. Alternativ hierzu soll es nach dem Willen der DPVKOM auch möglich sein, dass Beschäftigte für eine etwas geringere Lohnerhöhung von 3,5 Prozent insgesamt fünf Tage Zusatzurlaub erhalten. In diesem Fall soll die einmalige Ausgleichszahlung als soziale Komponente dann erfolgen, wenn sich über die genannte Vertragslaufzeit für einen Vollzeitarbeitnehmer nicht mindestens eine Erhöhungssumme von 1.300 Euro ergibt (Teilzeitkräfte anteilig).

„Geld ist nicht alles! Die Beschäftigten der Deutschen Post AG brauchen auch eine spürbare Entlastung und mehr Freizeit. Das haben wir bei unserer Tarifforderung für die kommende Entgeltrunde bei der Deutschen Post AG berücksichtigt“, so die DPVKOM-

Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus. „Wir wollen gemäß unserer Kampagne #FuerDich-Da den Zeitdiebstahl stoppen und bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen. Dazu zählt auch mehr Freizeit für die Familie und private Interessen.“

Mit der Wahloption für eine deutliche Erhöhung des Jahresurlaubs gegen eine moderate Lohnerhöhung beschreibe die DPVKOM neue Wege, um stark beanspruchte Beschäftigte zu entlasten. Die Rekordgewinne der Deutschen Post seien von den Mitarbeitern erwirtschaftet worden und beruhten nicht zuletzt auf der immens angestiegenen Arbeitsbelastung der Beschäftigten. Vor diesem Hintergrund seien die Tarifforderungen der DPVKOM gerechtfertigt und sinnvoll.

(14/01/18)

BLBS: Leitungsstellen müssen attraktiver werden

Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) wirbt dafür, die Rahmenbedingungen für Leitungsstellen an beruflichen Schulen zu verbessern.

„Die Schulleiter leisten an diesen Schulen bundesweit hervorragende Arbeit, die der eines Managers eines mittleren Unternehmens entspricht“, so der BLBS-Bundesvorsitzende Eugen Straubinger am 10. Januar 2018. Der Hauptausschuss `Berufliche Bildung` der Kultusministerkonferenz (KMK) müsse sich mit

diesem Thema beschäftigen und für eine bundesweite Verbesserung sorgen. „Die beruflichen Schulen sind als dualer schulischer Partner in der Berufsausbildung die wichtigsten Akteure und sorgen für eine zukunftsweisende Bildung unserer Schülerinnen und Schüler“, so der BLBS-Vorsitzende weiter. „Die Schulleiter

haben hier im Rahmen der Personalführung ihrer Kollegien eine äußerst wichtige und ver-

antwortungsvolle Funktion. Die muss besonders gewürdigt werden!“
(15/01/18)

Namen und Nachrichten

Am 16. und 17. April 2018 veranstaltet der **dbb** das 4. Forum Behindertenpolitik. Die Veranstaltung, die sich im Wesentlichen an Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter sowie Personalräte richtet, widmet sich dieses Mal den Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung der Arbeitswelt mit besonderem Fokus auf Menschen mit Behinderung. Politik, Wissenschaft und Wirtschaft werden in diversen Fachvorträgen und Diskussionsrunden beleuchtet, ob auf dem Weg ins Digitale Zeitalter „alle mit an Bord sind“. Die Veranstaltung ist mit Bescheid vom 18. Dezember 2017 vom Landesamt für Gesundheit und Soziales – Integrationsamt als Bildungsmaßnahme im Sinne des § 96 Abs. 4 SGB IX anerkannt worden (Geschäftszeichen: II C ASB). Die Details zur Veranstaltung sowie die Möglichkeit zur Onlineanmeldung finden Sie auf www.dbbakademie.de

Am 18. Dezember 2017 hat die **dbb** Tarifkommission dem Ergebnis der Tarifverhandlungen für die rund 300 Beschäftigten der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH zugestimmt. Die Beschäftigten erhalten zunächst am 1. Februar 2018 eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro (Auszubildende 100 Euro). Ab dem 1. März 2018 werden die Tabellenentgelte um 2,0 Prozent erhöht (die Auszubildendenvergütung um 40 Euro). Ab dem Jahr 2019 erfolgt eine Anbindung an die Entgelterhöhungen im öffentlichen Dienst (TVöD / für Auszubildende TVAöD). Im Gegenzug wird der Zuschlag für Mehrarbeit erst nach Vollendung der 40. Wochenarbeitsstunde gezahlt. Die Regelungen haben eine Laufzeit bis zum 28. Februar 2022. Auch der Tarifvertrag über eine Erholungsbeihilfe für Gewerkschaftsmitglieder wird verlängert. Weitere Informationen gibt es auf www.dbb.de

Am 13. Dezember 2017 sind die Verhandlungen zum Ergänzungstarifvertrag zwischen dem

dbb, Vertretern der Charité und des KAV Berlin erfolgreich abgeschlossen worden. Damit ist einerseits der Erhalt der gegenüber dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) besseren haustariflichen Regelungen vereinbart. Andererseits ergeben sich für viele Beschäftigte zusätzliche Verbesserungen durch die Geltung des TVöD ab 1. Januar 2018, zum Beispiel mit Blick auf die Entgeltordnung. Details zur Einigung gibt es auf www.dbb.de

Der Finanzminister des Landes Brandenburg, Christian Görke, hat erklärt, die vorliegenden Widersprüche gegen die Alimentation der Jahre 2015 bis 2017 im Hinblick auf die beim Bundesverfassungsgericht anhängigen verschiedenen Vorlagebeschlüsse ruhend zu stellen. Der Vorsitzende des **dbb** brandenburg, **Ralf Roggenbuck**, zeigte sich am 5. Januar 2017 zufrieden mit der Entwicklung: „Durch die Ruhend-Stellung kann jede WiderspruchsführerIn und jeder Widerspruchsführer abwarten, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet und dann abwägen, wie weiter vorzugehen ist. Natürlich wird der **dbb** brandenburg dann kurzfristig mit juristischem Rat zur Seite stehen.“

Zu einem umfassenden Meinungsaustausch zur Steuerpolitik haben sich am 10. Januar 2018 der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und **dbb** Vize, **Thomas Eigenthaler**, und der Präsidenten des Deutschen Steuerberaterverbandes (DStV), Harald Elster, getroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Einheitsbewertung (**dbb** aktuell berichtete), über die am 16. Januar 2018 mündlich vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt wird. Weitere Themen waren etwa Problemfelder bei der Modernisierung des Besteuerungsverfahrens sowie die Herausforderungen der Digitalisierung für Finanzverwaltung und Steuerberater.
(16/01/18)